

Der Bürgermeister geht auf die Verwaltungsvorlage ein. Man habe sich sehr ausführlich mit diesem Thema befasst. Es sei auch Gegenstand einer Besprechung mit den Hauptverwaltungsbeamten gewesen. Das Ergebnis dort und in weiteren Gesprächen, Überlegungen und Recherchen sei in die Vorlage eingeflossen. Im weiteren zitiert der Bürgermeister aus der Vorlage. Schließlich weist er darauf hin, dass der Beschlussvorschlag auch Zustimmung bei der Feuerwehr finde.

Herr Tendler bedankt sich für die umfangreiche Vorlage. Aufgrund der auch Sicht seiner Fraktion negativen Tendenz möchte er einige Anmerkungen machen. So sei es eine Selbstverständlichkeit, weiterhin auf eine vernünftige und sachgemäße Ausstattung der Feuerwehr zu legen. Ebenso sei es eine Selbstverständlichkeit, dass man für die Mitglieder der Feuerwehr eine Unfallversicherung abschließen müsse. Der Antrag der SPD allerdings sei dies nicht, sondern etwas neues. Seine Fraktion stelle sich aber die Frage, wie man dies gegenüber der Feuerwehr kommuniziere. Der Feuerschutz sei nun einmal eine Pflichtaufgabe der Gemeinde, die in Eitorf von Freiwilligen geleistet werde. Müsse man Personal einstellen, sei dies ungleich teurer. Das beantragte Verfahren werde im übrigen nicht nur in Hürth praktiziert, sondern auch in anderen Kommunen. Es stelle auch einen Anreiz für die Mitglieder der Feuerwehr dar. Betrachte man die Rentenentwicklung insgesamt, sei eine zusätzliche Rente von 120 Euro schon ein Argument für die Einführung des Modells. Letztendlich bleibe die SPD bei ihrem Antrag und schlage als Alternative zum Beschlussvorschlag der Verwaltung vor:
„Der Hauptausschuss beschließt die Einführung eines Rentenmodells für die Freiwillige Feuerwehr Eitorf und beauftragt die Verwaltung, die Modalitäten vorzubereiten.“

Herr Diwo verweist auf die verschiedenen Bereiche der ehrenamtlichen Tätigkeiten, wie DRK, THW etc. Herr Tendler unterstelle, man habe die Feuerwehr von vorneherein so beeinflussend informiert, dass diese deshalb den Vorschlag abgelehnt habe. Er selber habe mit dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr gesprochen. Dieser habe berichtet, dass man die zur Diskussion stehende Verfahrensweise ablehnen würde und soweit man etwas in dieser Richtung machen wolle, solle dies kreiseinheitlich für alle Kommunen einheitlich sein. Bei der praktischen Umsetzung innerhalb der Feuerwehr Eitorf befürchte man ggf. Ungerechtigkeiten, weil z.B. die Einsatzmöglichkeiten und auch Einsatzzeiten für die rund 90 Feuerwehrleute nicht gleichmäßig vorhanden seien. Vielmehr wünsche die Feuerwehr die Sach- aber auch Personalausstattung auf dem höchsten Stand. Diesbezüglich verweist er auf eine Anfrage an den Rat bezüglich der Personalausstattung für die Gerätepflege. Vielleicht könne man hierzu schon heute etwas sagen.

Herrn Bösking ist irritiert über die Formulierung im Beschlussvorschlag „vorerst“ nicht weiter zu verfolgen. Dazu erklärt der Bürgermeister, dass dies momentane Verwaltungsauffassung sei. Dies schließe jedoch nicht aus, dass mittel- bzw. langfristig Grundlagen und Bedingungen verändern würden und man dann anderer Auffassung sein könne.

Auf Frage von Herrn Dehnert nach den Kosten wird verwaltungsseitig erklärt, dass der genannte Betrag von 40.000 Euro anhand der Kosten der Stadt Hürth im Vergleich zu den Eitorfer Verhältnissen heruntergerechnet wurde. Dies diene als Anhaltspunkt. Zwei befragte Versicherer sahen sich nicht in der Lage, kurzfristig konkrete Angebote vorzulegen.

Herr Diwo geht noch einmal auf die angesprochene Anfrage in Bezug auf die personelle Situation ein.

Der Bürgermeister und der Erste Beigeordnete stellen klar, dass die Beantwortung im Rat vorgesehen sei und eine abgestimmte Verwaltungsmeinung hierzu noch nicht vorliegt. Ein Vergleich mit anderen Kommunen, so ergänzt Herr Sterzenbach, sei ohnehin schwierig.

Gegen Ende der Aussprache macht Herr Tandler noch einmal deutlich, dass das Rentenmodell gerade einmal rund 40,00 Euro monatlich pro Feuerwehrmann ausmache.

Herr Ersfeld macht deutlich, dass er bei der heutigen Beschlussfassung besonderen Wert auf eine gute Ausstattung der Feuerwehr lege.

Der Bürgermeister fasst zusammen und lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Sofern diesem entsprochen werde, erübrige sich damit eine Abstimmung über den in der Aussprache von der SPD-Fraktion formulierten Antrag.

Gegen diese Verfahrensweise ergibt sich kein Widerspruch.